

Nachtragshaushalt nur „Flickenteppich“



Nur ein halbes Jahr nach den Beratungen zum Doppelhaushalt 2008/2009 beschäftigt sich der Landtag Brandenburg wieder mit dem Landeshaushalt. Die erneute Diskussion

wäre aber gar nicht notwendig gewesen. Denn die Linksfraktion hatte bereits im Dezember vergangenen Jahres zur Haushaltsdebatte u.a. die elternbeitragsfreie Schülerbeförderung und ein Sozialticket für Brandenburg gefordert. Damals wurden diese Vorschläge durch die Koalition noch abgelehnt.

Doch seitdem hat sich die Diskussion im Land zu sozialen Themen intensiviert. Es gründeten sich Volksinitiativen, die auf eine breite Zustimmung in der Bevölkerung trafen. Die SPD reagierte im Februar 2008 auf diesen Druck und verkündete ein sog. Sozialpaket, das die Intentionen der Volksinitiativen aufgreifen sollte (Sozialticket, Busgeld, Schüler-Bafög). Damit wurde die Aufstellung eines Nachtragshaushaltes notwendig, denn mit der Annahme und Umsetzung dieser Bürgeranliegen durch den Landtag entstehen finanzielle Mehrauf-

wendungen für das Land. Die Linksfraktion hat – in Weiterführung ihrer Schwerpunkte der Haushaltsdebatte – zur Sicherung von Infrastrukturentwicklung und Mobilität, Regionalentwicklung sowie Verbraucherschutz sechs Änderungsanträge vorgelegt. Es geht zum einen darum, den immer größer werdenden sozialen Benachteiligungen entgegen zu steuern und einkommensschwachen Gruppen die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Zur Wahrung der Chancengleichheit muss es Angebote und Entwicklungsperspektiven für jeden Einzelnen geben. Zum anderen muss die Bildung stärker in den Mittelpunkt rücken und der Zunahme von Ungleichheiten in der Regionalentwicklung stärker entgegen gewirkt werden, um dem Verfassungsgrundsatz und dem Anspruch der Sicherung von gleichwertiger Lebensbedingungen zu entsprechen. Insgesamt belaufen sich unsere Vorschläge für 2008 und 2009 auf einen Mehrbedarf von ca. 22 Mio. €. Gegenfinanziert werden sie aus Steuerermehreinnahmen. Die Mai-Steuerschätzung 2008 geht von zusätzlich 54 Mio. Euro für das Land Brandenburg aus (vgl. Tabelle). Die verbleibenden Mittel sollen, nach Abzug des kommunalen Anteils, in den Abbau der Schulden des Landes fließen. Damit kann sichergestellt werden, dass die von uns geforderten Ausgaben nachhaltig und dauerhaft finanziert werden können.

*Ralf Christoffers,
Sprecher für Haushalt und Finanzen*

Engagement zahlt sich aus



Noch Ende vergangenen Jahres, als es um den Doppelhaushalt 2008/09 ging, waren alle Schotten dicht: Undenkbar, dass es in Brandenburg ein Sozialticket geben

könnte. Undenkbar, dass elternbeitragsfreie Schülerbeförderung wieder möglich sein könnte. Undenkbar, mehr für Kinder in finanzieller Not zu tun.

Auch jetzt, bei der Verabschiedung des Nachtragshaushalts, klagte der Finanzminister noch über die Belastungen, die solche Maßnahmen für sein Zahlenwerk mit sich bringen: Sie seien geradezu „Gift“, erregte er sich. Doch dieses Gift sei eben von der Bevölkerung gewünscht.

Richtig. Die Volksinitiative für ein Sozialticket z.B. steht – ebenso wie die gegen das Schüler-Busgeld – auf einer breiten Basis. Reichlich drei Viertel aller Brandenburgerinnen und Brandenburger wollen ein solches Sozialticket, das einer Minderheit von etwa 275.000 Menschen zu Gute kommt. Das zeigt, wie stark das Solidarische in diesem Land verankert ist.

Das in der Landesverfassung vorgesehene dreistufige Verfahren der Volksgesetzgebung hat es ermöglicht, den mehrheitlichen Willen durchzusetzen – nicht gegen die Zahlen des Finanzministers, sondern durch gewissenhafte Prüfung des Möglichen und durch gerechte Verteilung dort, wo Spielräume bestanden bzw. erschlossen wurden. So hat sich am Ende gezeigt, dass die Demokratie in unserem Land funktioniert – und dass Schritte zu einer sozial gerechten Politik möglich sind, wenn alle sich entsprechend engagieren.

*Kerstin Kaiser,
Fraktionsvorsitzende*

	2008		2009	
	Ansatz im HH-Plan in Mio. Euro	Nach Steuerschätzung Mai 2008 in Mio. Euro	Ansatz im HH-Plan in Mio. Euro	Nach Steuerschätzung Mai 2008 in Mio. Euro
Steuereinnahmen	5.438,1	5.471,4	5.542,1	5.596,7
Einnahmen aus Länderfinanzausgleich u.a.	862,0	883,0	906,0	931,0
Abweichung vom HH-Plan		+ 54,3		+ 79,6
Davon benötigt für Vorschläge der LINKEN		7,99		14,33

Mehr Geld für die Schülerbeförderung

Der Landtag hat im Mai die Volksinitiative „Kostenfreie Schülerbeförderung ist machbar!“, die von der LINKEN aktiv unterstützt wurde, angenommen. Durch die damit verbundene Änderung im Brandenburgischen Schulgesetz sind die Landkreise und kreisfreien Städte nicht mehr gezwungen, Eltern an den Kosten der Schülerbeförderung zu beteiligen. DIE LINKE sieht darin einen ersten Schritt zu einer elternbeitragsfreien Schülerbeförderung, dem eigentlichen Ziel der LINKEN. Mit der Änderung des § 112 muß die Landesregierung - aus Sicht der LINKEN -, die Landkreise finanziell unterstützen, so dass diese in die Lage versetzt

werden, auch tatsächlich keine Elternbeiträge erheben zu müssen. Die Landkreise müssen mindestens die finanziellen Bedingungen wiederherzustellen, die vor Verabschiedung des Ersten Kommunalen Entlastungsgesetzes herrschten. Da die von der Landesregierung geplanten finanziellen Zuweisungen des Landes an die Landkreise in Höhe von 4 Mio. Euro nicht ausreichend sind, hat DIE LINKE eine weitere Aufstockung dieser Mittel im Nachtragshaushalt gefordert.

*Gerrit Große,
bildungspolitische Sprecherin*

Grundzentren finanziell unterstützen

Mit den zusätzlichen Mitteln für den Nachtragshaushalt 2008/09 fordert DIE LINKE erneut, die Grundzentren weiterhin für ihre Umlandaufgaben finanziell auszustatten. Unsere entsprechenden Änderungsanträge für Ausgleichszahlungen wurden jedes Mal ohne weitere Diskussion von der Koalition abgelehnt. Die Kürzung des kommunalen Finanzausgleichs ab dem Jahr 2007 wurde zunächst als alternativlos dargestellt. Doch dann wurde der Haushalt 2007 bereits nach vier Wochen so verändert, dass 46 der insgesamt 71 in Brandenburg als Grundzentren eingestuftten Gemeinden eine einmalige zusätzliche finanzielle Unterstützung

aus dem Ausgleichsfonds erhielten. Notwendige Gesetzesänderungen gab es aber nicht. Das bedeutet nun, dass die Grundzentren in den kommenden Jahren wieder ohne zusätzliche finanzielle Unterstützung ihre Aufgaben für das Umland wahrnehmen müssen. Seit Bekanntwerden des Landesentwicklungsplans Berlin-Brandenburg im Jahre 2006 fordert DIE LINKE immer wieder die Landesregierung auf, die Grundzentren nicht einfach ersatzlos aus der Landesplanung zu streichen. Gehör fand dieses Anliegen bislang nicht.

*Thomas Domres,
kommunalpolitischer Sprecher*

Mjeńšyny šćitaś – Minderheiten schützen

Einstimmig hat der Haushaltsausschuss am 5. Juni beschlossen, die Landesmittel für die Stiftung für das sorbische Volk nicht mehr zu sperren. DIE LINKE hatte diesen Antrag in den letzten Monaten dreimal vergeblich gestellt. Eine Mehrheit für die Streichung der Sperre fand sich aber auf dem Potsdamer Brauhausberg erst, als die Sorben - nicht nur im sprichwörtlichen Sinne - auf die Straße gingen. Mit Demonstrationen in Bautzen und Berlin sowie mit der Erklärung, solange nicht an der Arbeit des Stiftungsrates teilzunehmen, bis die Länder und der Bund zu einer angemessenen Finanzierung bereit sind! Dieser Widerstand hat nun erste Ergebnisse gebracht: Die Sperren in Brandenburg und

beim Bund (ein Fünftel des Jahresetats) sind aufgehoben. Die Gefahr für die z.T. seit 50 Jahren bestehenden unikaten sorbischen Einrichtungen, für die Kultur- und Sprachpflege in vielen kleinen Projekten ist damit jedoch noch nicht gebannt. Deshalb setzen die Sorben weiter auf Widerstand. DIE LINKE wird dazu ihren Beitrag leisten: in Brandenburg fordert sie, die Stiftungsfinanzierung um jährlich 100.000 € zu erhöhen und auf Bundesebene initiiert sie, die Bundesmittel spürbar aufzustocken.

*Gerd-Rüdiger Hoffmann,
Sprecher für Sorben- und
Minderheitenpolitik*

Vorschläge der LINKEN	2008	2009
Grundzentren	3,00 Mio €	5,00 Mio €
Kostenfreie Schülerbeförderung	2,83 Mio €	5,00 Mio €
Personalschlüssel in Kitas	2,00 Mio €	4,00 Mio €
Sorbenstiftung	0,10 Mio €	0,20 Mio €
zusätzliche Personalstelle Kartellamt	0,06 Mio €	0,13 Mio €

Redaktion: Alexa Lamberz, Detlef Janson; Fotos: Fraktion DIE LINKE.
Herausgeber: DIE LINKE, Fraktion im Landtag Brandenburg; Am Havelblick 8; 14473 Potsdam;
V.i.S.d.P.: Christian Görke; www.dielinke-fraktion.brandenburg.de



Personalschlüssel in Kitas ändern

Die Aufgaben für die Kita-ErzieherInnen sind in den letzten Jahren immer anspruchsvoller und vielfältiger geworden: Durch die Entwicklung der Kindertagesstätten zu Bildungseinrichtungen, durch die Sprachstandsfeststellungen und die Sprachförderung sowie durch die Ausweitung des Rechtsanspruchs für Kinder unter zwei Jahren, deren Eltern erwerbstätig sind. Die Landesregierung hat für diese zusätzlichen Aufgaben im Haushalt aber nur 4 Mio. € mehr für die Kindertagesbetreuung bereit gestellt. Erfahrungen zeigen, dass dieser Betrag bei weitem nicht reicht. Hinzu kommt, dass sich der Personalschlüssel seit Jahren nicht verändert hat. Die sich hieraus entwickelte Diskrepanz bedarf dringend einer Veränderung, zumal die personelle Ausstattung der Brandenburger Kitas zu den schlechtesten im bundesdeutschen Vergleich gehört. ErzieherInnen können ihren Bildungsauftrag nur in hoher Qualität wahrnehmen, wenn sie für kleinere Gruppen zuständig sind, so dass sie auch wirklich mit den Kindern individuell arbeiten können. Das geht bei den gegenwärtigen Gruppengrößen nicht. Außerdem bedeutet Bildungsarbeit und individuelle Förderung von Kindern für das Fachpersonal nicht nur die entsprechende Qualifizierung und ständige Weiterbildung, sondern auch entsprechende Vor- und Nachbereitungszeiten. Ein erster Schritt in diese Richtung ist die von der LINKEN vorgeschlagene Änderung des Kita-Gesetzes. Dafür hat die Fraktion im Nachtragshaushalt 6 Mio. € beantragt.

*Gerrit Große,
bildungspolitische Sprecherin*

LINKSdruck

Newsletter Nr. 08/2008